

Wahlk(r)ampf 2008: Anmerkungen zu einem jahrzehntelangen Ärgernis in der Bildungspolitik

Kolumne. Obwohl immer wieder – häufig vor Wahlen – eine Objektivierung der Stellenbesetzungen im Bildungsbereich (Schulen, pädagogische Hochschulen etc.) angekündigt wird sowie auch ein offener bildungspolitischer Diskurs, wird die österreichische Bildungspolitik vielfach noch immer durch eingefahrene ideologische Argumentationsschablonen und bei Führungsfunktionen durch den primären oder ausschließlichen Primat der Parteizugehörigkeit bestimmt.



o. Univ.-Prof. Dr. Aff ist Vorstand des Institutes f. WIPÄD an der WU Wien

Anlässlich der Wahl 2008, die sich unter anderem immer mehr zu einem Basar an Versprechungen und Absichtserklärungen entwickelte, möchte ich auf eine bildungspolitische Baustelle hinweisen, wo sich seit Jahrzehnten wenig oder fast nichts bewegt – man kann daher metaphorisch von einem bildungspolitischen „Hühnerstallsyndrom“ sprechen. Bekanntlich pflegen Hühner, wenn sie im Stall erschreckt werden, wild durcheinander zu flattern. Die Besonderheit besteht jedoch

darin, dass sie nach der Aufregung genau denselben Platz wie zuvor einnehmen. Ähnlich verhält es sich mit dem bildungspolitischen Ärgernis „Parteipolitik in Schulen etc.“. Während des Wahlkampfes gibt es Dynamik in dieser Fragestellung, indem unterschiedliche Ankündigungen und Versprechungen im Bezug auf Objektivierung etc. gemacht werden, um nach dem Wahltag wieder zu jener Realität der (weitgehenden) parteipolitischen Dominanz in bildungspolitischen Fragen zurückzukehren, die man seit Jahrzehnten praktiziert.

... wo offensichtlich Professionalität durch einen parteipolitischen Tunnelblick ersetzt wurde.

Ein Beispiel für eine zu starke parteipolitische Einflussnahme stellt die pädagogische Hochschule in Wien dar, wo offensichtlich Professionalität durch einen parteipolitischen Tunnelblick ersetzt wurde. Derzeit zeichnet sich die berufliche Weiterbildung in Wien durch ein hohes Maß an Unübersichtlichkeit aus, nicht zuletzt deshalb, weil der sehr innovative und verdienstvolle Verantwortliche für die berufliche Weiterbildung in Wien wie auch große Teile seines Teams an eine andere Hochschule wechselten bzw. ihre Tätigkeit an der PH beendeten, weil sie offensichtlich nicht in das parteipolitische Portfolio der Leitung der PH-Wien passten. So sind derzeit die Weiterbildungsaktivitäten für die berufsbildenden kaufmännischen Schulen in Wien auf zwei pädagogische Hochschulen aufgesplittert. In Zeiten lebenslangen Lernens gewinnt die Weiterbildung immer mehr an Bedeutung, dieser Befund gilt im Besonderen für die Lehrer wirtschaftlicher Fächer, deren Unterrichtsinhalte durch die sozioökonomische Dynamik unserer Gesellschaft besonders betroffen sind und daher einer modernen und zukunftsorientierten Weiterbildung im erhöhten Ausmaß bedürfen. Vor diesem Hintergrund sind die Entwicklungen an der PH-Wien besonders

ärgerlich. Abgesehen von dem offensichtlich bestehenden Primat der Parteizugehörigkeit als dominierendes Kriterium für die oberste Führungsfunktion an der PH-Wien ist die grundsätzliche Frage zu stellen, ob die Zuordnung der Weiterbildung der Sekundarstufe II an die pädagogischen Hochschulen in allen Fällen optimal ist. Wenn pädagogische Hochschulen primär für die gemeinsame Ausbildung von Grundschullehrern bis zur Sekundarstufe II verantwortlich sind, dann ist zu hinterfragen, warum auch die Weiterbildung der Sekundarstufe II obligatorisch von der PH durchzuführen ist. Für die Weiterbildung der Sekundarstufe II trete ich für flexiblere Strukturen ein. Wenn die Weiterbildung von der PH professionell wahrgenommen wird, wie beispielsweise im Burgenland, dann ist gegen diese Zuordnung nichts einzuwenden. Es sollten jedoch auch andere Konstruktionen möglich sein, wenn die pädagogischen Hochschulen keinen optimalen organisatorischen Rahmen für die Weiterbildungsaktivitäten der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen bzw. generell für die Sekundarstufe II darstellen.

Ein anderes Beispiel für eine jahrzehntelange ideologische Schablonen-Diskussion stellt der Diskurs über Veränderungen in der Sekundarstufe I dar, wo Argumente wie Gleichmacherei jede differenzierte Diskussion über Vor- und Nachteile einer gemeinsamen Schule bis zur 8. Schulstufe behindern.

Aus der Sicht der Berufsbildung besteht auf jeden Fall – auch ohne umfassende Reformen in der Sekundarstufe I – großer Handlungsbedarf, weil die aktuelle Situation der Rekrutierung von AHS-Schülern für die berufsbildenden höheren Schulen völlig unbefriedigend ist. Es ist nicht nachvollziehbar, dass ausschließlich AHS-Lehrer in der achten Schulstufe über weitere Bildungswege informieren, weil sie selbst in höchstem Maße befangen sind. Sie haben selbst ein hohes Interesse, ihre Schüler auch in der Oberstufe zu unterrichten. Die jetzige Praxis entspricht jener Logik, wonach – um bei Metaphern zu bleiben – beispielsweise VW-Händler beauftragt werden, über alle Automarken gleich objektiv zu berichten. Eine derartige Informationspolitik würden die europäischen Autofirmen nicht tolerieren, für die BHS besteht jedoch diese Realität. Die Folge ist, dass es für berufsbildende höhere Schulen immer schwieriger wird, AHS-Schüler zu gewinnen. Dieser „unlautere“ Wettbewerb wird manchmal noch dadurch verschärft, dass AHS-Schülern, die sich für eine BHS anmelden, Angst gemacht wird. Es wird nämlich diesen Schülern gesagt, dass dadurch ihr Oberstufenplatz nicht mehr gesichert werden könne.

Schön wäre es, wenn nach der Wahl 2008 metaphorisch gesprochen in der Bildungspolitik der Mut für erste Schritte einer „Freilandhaltung“ entwickelt wird ...

